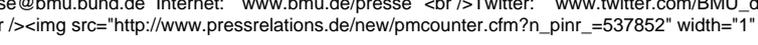




Internationales/Energiekonferenz

Internationales/Energiekonferenz
Altmaier will Energiezusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich vorantreiben
1. Deutsch-Französische Energiekonferenz in Paris
Bundesumweltminister Peter Altmaier will die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bei der Energiewende weiter vorantreiben. Bei der 1. Deutsch-Französischen Energiekonferenz in Paris warb der Minister heute dafür, die Energiepolitik zu einem neuen großen Identifikationsprojekt der beiden Nachbarländer zu machen. "Wir wollen, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam vorangehen und damit Motor für neues Wachstum und neue Chancen auf dem ganzen Kontinent und weltweit werden", betonte Altmaier.
Der Bundesumweltminister erinnerte daran, dass Deutschland und Frankreich jetzt schon bei der Erzeugung erneuerbarer Energien in Europa an der Spitze stünden. "Bei aller Unterschiedlichkeit der energiepolitischen Entwicklung in der Vergangenheit verbinden uns nunmehr ähnliche Ziele: Die französische 'transition énergétique' soll den Anteil der Kernenergie in der Stromerzeugung von aktuell 75 auf 50 Prozent im Jahr 2025 senken und die Energieeffizienz und den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung signifikant steigern. Das ist ebenso ambitioniert wie das Ziel Deutschlands, mit seiner Energiewende bis Ende 2022 ganz aus der Kernkraft auszusteigen und bis 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent erneuerbarer Energien an der Stromversorgung zu erreichen", sagte Altmaier.
Eine engere europäische Kooperation bietet die große Chance, in ganz Europa mehr Versorgungssicherheit bei zugleich geringeren Kosten zu erreichen. Frankreich etwa macht derzeit die Erfahrung punktuell negativer Börsenstrompreise. Ursächlich dafür ist, dass unflexible Kernkraftwerke nicht auf schwankende Nachfrage reagieren können. "Deutschland und Frankreich stehen heute vor einer Herausforderung, die das 21. Jahrhundert wie kaum eine andere prägen wird: Dem Aufbruch in ein neues Energiezeitalter", unterstrich Altmaier.
Altmaier forderte auch eine ehrgeizige Klima- und Energiepolitik für ganz Europa. "Wir wollen uns auch weiterhin für eine ambitionierte Klimapolitik einsetzen. Dazu gehört auch eine Reform des europäischen Emissionshandelsystems, über das das Europäische Parlament noch in dieser Woche abstimmen wird. Daneben braucht es aber auch Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz für 2030. Damit kann Europa Kosten in Milliarden-Höhe für Energieimporte sparen und seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen."
Die 1. Deutsch-Französische Energiekonferenz versammelt Entscheider aus Politik, Wissenschaft und Energiewirtschaft der beiden führenden europäischen Volkswirtschaften. Sie ist Ausdruck einer neuen intensiven Zusammenarbeit beim Umbau der jeweiligen Energiesysteme - der deutschen "Energiewende" und ihrer französischen Entsprechung, der "transition énergétique". Die beiden Minister hatten bei mehreren Treffen seit Jahresbeginn eine neue enge Zusammenarbeit in diesem Bereich vereinbart und vorbereitet. Ein gemeinsames Büro für Erneuerbare Energien soll für eine enge Abstimmung der Vorhaben beider Länder sorgen.
Herausgeber: Bundesumweltministerium, Stresemannstr. 128-130, 10117 Berlin
Redaktion: Dr. Dominik Geißler (verantwortlich), Nikolai Fichtner, Jürgen Maaß, Nicole Scharfschwerdt und Frauke Stamer
Telefon: 030 18 305-2010 Fax: 030 18 305-2016
E-Mail: presse@bmu.bund.de Internet: www.bmu.de/presse
Twitter: www.twitter.com/BMU_de
Youtube: www.youtube.de/umweltministerium


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.